

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Elterninitiative zur Kommunalwahl 2018

1.A.

In erster Linie müssen die Eltern finanziell entlastet werden. Es kann nicht sein, dass der Verdienst eines berufstätigen Elternteils (fast) vollständig für die Betreuung eines oder mehrerer Kinder in Kita und/oder SKB „draufgeht“. Dazu ist zunächst eine dauerhafte Deckelung der Beiträge zu erreichen, danach strebt DIE LINKE eine Senkung der Beiträge für Kita und SKB bis hin zur kostenfreien Nutzung an. Dies darf keinesfalls zu Lasten der Betreuungsqualität gehen und wird ohne tätige, finanzielle Mithilfe des Landes kaum möglich sein. Insbesondere die in Landtag und Regierung vertretenen Parteien müssen dazu den Druck erhöhen.

1.B.

Die einstimmig beschlossene Deckelung der Elternbeiträge kann nur ein erster Schritt sein. Sie darf auf keinen Fall nach der Kommunalwahl zurückgenommen werden. Notfalls muss dazu eine Umschichtung von Haushaltsmitteln (beispielsweise weg vom Hafen) vorgenommen werden. Auch Investitionskredite müssen (mit Zins und Tilgung) bedient werden, und das dafür aufgewendete Geld fehlt an anderer Stelle. Außerdem müssen sämtliche vom Land angebotenen Hilfen ausgeschöpft und zielgerichtet eingesetzt werden. Zusammen mit den hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten stellen die Kita-Beiträge in Wedel eine enorme Belastung für junge Familien dar. Auch wenn wir in den letzten Jahren erfolgreich gegen eine weitere Erhöhung antreten konnten, fordern wir eine deutliche Senkung und Entlastung, gerade in den entsprechenden Bereichen der Sozialstaffel. Zudem gibt es viele Familien, deren Einkommen gerade so hoch ist, dass sie keinen Anspruch auf Ermäßigung durch die Sozialstaffel haben, aber dennoch zu wenig verdienen, um sich die hohen Kita-Beiträge sorglos leisten zu können. Dort wollen wir ebenfalls eine klare Verbesserung erreichen.

2.A.

Der einfachste Schritt wäre ein Antrag im BKS, die 9. Betreuungsstunde wieder kostenfrei zu machen. Ein derartiger Antrag bedürfte allerdings der Zusammenarbeit mehrerer Fraktionen. Dazu ist DIE LINKE bereit.

2.B.

Zur Vorbereitung und Begründung des obigen Antrags muss der Verwaltung ein Prüfauftrag erteilt werden: Wie viele Kinder nutzen jetzt die 9. Stunde, wie viele waren es vorher, als die 9. Stunde kostenfrei waren? Wie viele Kinder wurden wegen der erhöhten Kosten abgemeldet? Wie viele Eltern würden die 9. Stunde nutzen, wenn sie wieder kostenfrei wäre? DIE LINKE wird einen solchen Prüfauftrag gern einbringen oder unterstützen.

3.A.

Wenn die Anfangs- und Schlusszeiten der Schulen es erforderlich machen, ist ein Früh- und Spätdienst unverzichtbar und muss schnellstens eingerichtet werden. Früh- und Spätdienste dürfen

aber keinesfalls mit Zuschlägen berechnet werden, weil keine Familie aufgrund ihrer individuellen beruflichen Situation (für die sie selbst wenig kann) benachteiligt werden darf.

3.B.

Keiner Familie dürfen finanzielle Nachteile daraus erwachsen, dass ein Kind aus der Kita in die Grundschule wechselt. Die „Andersberechnung“ für das in der Kita verbliebene oder neu in die Kita kommende Kind muss gemeinsam mit Eltern, Verwaltung, Kitas und Politik diskutiert und überprüft werden.

4.A.

Die hohen Ausfallzeiten sind auf die immense Belastung des pädagogischen Fachpersonals zurückzuführen. Mehr Personal in den Kitas und eine deutlich bessere Bezahlung sind unabdingbare Voraussetzung. Zusammen mit geringerer Bezahlung wirken auch die hohen Mieten in Wedel auf mögliche Bewerber abschreckend. Auch deshalb setzt DIE LINKE sich für die verstärkte Schaffung geförderter Wohnraums ein. Auch muss der auf Landesebene bestehende Vertretungspool vergrößert werden. Auf Wedeler Ebene sollte die Verwaltung an der Schaffung eines solchen Pools mitwirken.

4.B.

Vorbildlich erscheint uns das PiA-Modell (praxisintegrierte Ausbildung), das bereits in einigen Bundesländern erfolgreich durchgeführt wird. Es zielt auf eine duale Ausbildung in enger Zusammenarbeit von Fachschulen und Kitas. Wichtig ist hierbei, dass die Ausbildung (wie beim dualen Modell in der Wirtschaft) vergütet wird. Zudem dürfen die Auszubildenden keinesfalls auf den Personalschlüssel angerechnet werden – im Gegenteil, die Kita benötigt zusätzliche Praxismentoren.

4.C.

Die Stadt sollte kurzfristig aktiv werden, indem sie den Kitas bei Bedarf Gelder für FJS-Kräfte (Freiwilliges Soziales Jahr) zur Verfügung stellt. Aber auch wenn FSJ-ler eine personelle Entlastung bedeuten, können und dürfen sie das qualifizierte Fachpersonal nicht ersetzen. Fest steht für uns, dass die Verwaltung die Kitas darin unterstützen muss, schnell und bedarfsgerecht – auch vorübergehend und aushilfsweise – qualifizierte Kräfte einzustellen, die allerdings nicht schlechter gestellt sein dürfen als die dauerhaft und tariflich beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Eine weitere Möglichkeit einer unbürokratischeren Anwerbung von Fachkräften sehen wir darin, im Bedarfsfall den neuen Betreuungskräften übergangsweise Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

5.A.

Ein Elternbeirat (mit allen Rechten, die auch Jugend- und Seniorenbeirat haben) könnte der Kommunalpolitik und auch der Stadtverwaltung ein klareres und schnelleres Bild von den Auswirkungen der BKS-Beschlüsse und von bestehenden Defiziten verschaffen. Gerade die Politiker wären dann nicht immer nur auf Antworten der Verwaltung (oder Schulleitungen) angewiesen. Ein Elternbeirat würde dem BKS einen genaueren und realistischeren Einblick und persönliche Berichte statt nüchterner (und manchmal nicht sehr aussagekräftiger) Statistiken verschaffen. Vielleicht täte

es Verwaltung und so mancher Fraktion ganz gut, bei bestimmten Entscheidungen den Betroffenen „ins Gesicht sehen“ zu müssen.

5.B.

Die Einrichtung eines Elternbeirats im BKS (analog zu den bestehenden Jugend- und Seniorenbeiräten) gehört zu den konkreten Forderungen unseres Kommunalwahlprogramms. Wir möchten so bald wie möglich zu einer Gesprächsrunde zwischen Politikern und Elterninitiative einladen, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

6.A.

Die Inklusion ist in der Theorie begrüßenswert, in der Praxis allerdings schlecht umgesetzt. Ohne eine ausreichende finanzielle, d.h. räumliche und (fach-)personelle Ausstattung besteht die Gefahr, dass sie mehr Schaden als Gutes anrichtet und der Widerstand dagegen (in Politik, Elternschaft und beim überlasteten Personal) zunimmt. Die Stadt Wedel muss alles tun, um die Rahmenbedingungen, die in ihrer Zuständigkeit liegen, so zu gestalten, dass die Inklusion so funktioniert, wie ihre Befürworter sie sich vorstellen. Das Förderzentrum muss dabei so weit wie möglich einbezogen werden, um die Lehrkräfte an den Regelschulen zu entlasten.

6.B.

Auch hier gilt, dass eine ausreichende personelle und räumliche Ausstattung unverzichtbare Voraussetzung ist. Niemand (weder Personal noch Kinder mit und ohne Förderbedarf) sollte unter der Inklusion leiden. Daher muss die Verwaltung, wo sie dafür verantwortlich ist, für ausreichend Personal und Räume sorgen.

7.A.

Schulwege müssen sowohl vom Belag als auch von der Beleuchtung her für Kinder sicher sein. Dies ist für DIE LINKE ein höheres Gut als zum Beispiel der Schutz von Nordic-Walking-Stöcken oder die angeblich drohende Lichtverschmutzung. Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete muss dies schon bei der Planung berücksichtigt und festgeschrieben werden. DIE LINKE sieht – wie inzwischen auch der ADFC – sogenannte „Schutzstreifen“ für Radfahrer sehr kritisch. Radwege sollten optisch und physisch (gerade bei schnell und viel befahrenen Straßen) vom Autoverkehr getrennt werden. Schutzstreifen sind keine Radwege, sondern nur ein optisches Gebot für Radfahrer, auf der Straße zu fahren. Sie sind kein Ersatz für gut ausgebaute Radwege.